

**Rede von MdL André Kuper, Bürgermeister a.D.,  
Kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion  
zum Kommunal-Soli**

- Seit der Auflage des Stärkungspaktes im Jahr 2011 sorgte der Kommunal-Soli für massive Aufregung und vernichtende Kritiken: Von Anfang an war klar, dass SPD und Grüne die kommunale Co-Finanzierung des Stärkungspakts wollen – immer wieder wurde Konkretes zur Ausgestaltung vertagt – selbst die ersten Zahlen kamen nicht vom Innenministerium, sondern aus der kommunalen Familie. Der Sprengstoff ihrer Entscheidung ist Ihnen sehr wohl bewusst, aber Sie ziehen es heute durch, ohne Rücksicht auf Verluste.
- Heute geht's nicht nur um's Zündeln, nein mit dem heutigen Beschluss verursachen Sie einen mehrfach verheerenden Flächenbrand innerhalb der kommunalen Familie. Und da hilft Ihre „Last Minute“-Belastungsreduzierung nur marginal. Im bildlichen Vergleich haben Sie mit dem Kommunal-Soli das gesamte Anwesen in Brand gesetzt. Jetzt löschen Sie die Garage bzw. Scheune, lassen aber das Hauptgebäude weiter in Flammen stehen. Die Wirkung wird vernichtend sein und das werden Sie in den nächsten Jahren deutlich merken. (Hinweis auf Verstoß gegen § 58 der Geschäftsordnung des Landtages, da keine erneute Beteiligung der KSPV).
- Sie sollten sich die Frage stellen: Woher sollen die Soli-Zahler-Kommunen das Geld nehmen? Während in fast allen anderen Bundesländern die Kommunen schwarze Zahlen schreiben, ist die kommunale Finanzsituation in NRW dramatisch.

400 Mio. Euro Defizit allein im letzten Jahr und mittlerweile über 25 Mrd. Euro Kassenkredite. Und in dieser Situation wollen Sie von den 59 Gemeinden mehr als 780 Millionen abkassieren?

Ungeachtet der wirtschaftlichen Lage, denn Ihr Zahlerkriterium der sog. Abundanz ist keine faktische Tatsachenbasis, sondern eine politischen Entscheidung von Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, per Definition im kommunalen Finanzausgleich.

Und das bei folgenden Fakten:

- Nur 7 der betroffenen Kommunen haben einen ausgeglichen Haushalt, 35 Kommunen haben Mio-Verluste im Haushaltsplan und 17 Städte und Gemeinden sind gar selbst in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt – sollen aber gleichwohl Soli zahlen?
- Sie lassen Vorbelastungen der Soli-Zahler, wie zum Beispiel deren Schulden, Sie lassen gut 2,5 Mrd. Euro Schulden außer Acht, das kann doch nicht wahr sein.
- Sie machen die Soli-Zahler per Gesetz quasi zu Unterhaltspflichtigen für andere Kommunen – und wenden bei der Unterhaltspflicht mit der Abundanz die harten Kriterien für den Hilfeempfang laut GFG an. So etwas wäre im sozialrechtlichen Unterhaltsrecht ein Skandal, ich halte den GE nicht zuletzt auch deshalb für verfassungswidrig
- Die Pro-Kopf-Belastung ist trotz der Änderungen immens:
  - Monheim => **584 € Bürger und Jahr**
  - Straelen => **259 €**
  - Burbach => **214 €**

- Sie nehmen den Kommunen jeden Anreiz zur sparsamen Haushaltsführung
- Und Sie müssen sich die Frage stellen lassen: Wie oft wollen Sie den Zahlern Solidarität abverlangen? Normal kann ein Euro nur einmal ausgegeben werden. Sie verlangen mehrfache Solidarität: So bekommen die Soli-Zahler keinen Cent von den rd. 6 Milliarden-Schlüsselzuweisungen des Landes, das verteilen sie zu Recht an die Steuerschwachen – das ist Solidarität Nr. 1. Dann sind Milliarden für die Finanzierung der Umlageverbände, also der Kreise und Landschaftsverbände zu bezahlen – auch hier zahlen die Soli-Zahler den größten Batzen – Solidarität Nr. 2. Aber nicht genug damit. Mit diesem Soli wollen Sie das 3. Mal Solidarität aus den abundanten Kommunen quetschen. Das ist modernes Raubrittertum.
- Nur allein diese wenigen Aspekte belegen, wie paradox Ihr Kommunal-Soli ist. Und die letzten Änderungen machen es nicht besser:  
Die verfassungsrechtlichen Zweifel an dem derzeit bundesweit einzigen „Kommunal-Soli“, der ausschließlich in die Finanzierung eines Konsolidierungsprogramms fließt, wurden nicht ausgeräumt. Die Sachverständigenanhörung brachte für diesen GE ein verheerend schlechtes Ergebnis.

Stattdessen prahlen sie jetzt noch damit, die Kommunen zu entlasten. Das ist wirklich aberwitzig, bei der Veränderung einer neuen zusätzlichen Belastung von Entlastung zu sprechen.

- Fakt ist, Sie verlängern den Stärkungspakt um 2 Jahre, noch bevor er überhaupt im Landtag beschlossen worden ist.
- Fakt ist, mehr als 780 Mio. Euro müssen von den Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbesteuerzahlern aufgebracht werden,
- Fakt ist, keine Kommune weiß über 2014 hinaus, wer wie viel zahlen muss. Selbst derzeitige Empfänger wie Oberhausen oder Nideggen könnten theoretisch 2021 und 2022 den Kommunal-Soli zahlen müssen, weil der Stärkungspakt dann ausgelaufen sein soll.

Der Kommunal-Soli bleibt falsch. Für die betroffenen Kommunen ist Ihre Entscheidung heute ein harter Einschnitt in ihre Selbstverwaltung, sie legen einen Flächenbrand und provozieren, dass weitere Kommunen in die Haushaltsmisere geraten. Für Kommunalpolitiker ist heute ein schwarzer Tag.